

Migration | 30.04.2025 | Lesezeit 1 Min.

Zuwanderung aus dem Westbalkan ist wichtig für den Arbeitsmarkt

In Deutschland arbeiten immer mehr Menschen aus dem Westbalkan, darunter viele Fachkräfte. Obwohl die Zahl der Bürgergeldempfänger aus dieser Region in den vergangenen zehn Jahren gesunken ist, will die Politik die Erwerbszuwanderung weiter einschränken - ein Fehler in Zeiten des Fachkräftemangels.

Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien - diese sechs Länder bilden den Westbalkan. Sie eint, dass sie zwar (noch) nicht zur Europäischen Union gehören, aber gemeinsam geografisch gesehen komplett von EU-Staaten umgeben sind.

Im Gegensatz zu Erwerbsmigranten aus anderen Drittstaaten dürfen Menschen aus dieser Region seit 2015 ohne bestimmte Berufsqualifikationen in die Bundesrepublik einwandern - wenn ein Stellenangebot für sie vorliegt.

Allerdings erhalten hierzulande jedes Jahr nur maximal 50.000 Menschen vom Westbalkan einen Aufenthaltstitel. Nach Plänen von CDU/CSU und SPD soll dieses Kontingent künftig auf 25.000 halbiert werden.

Dagegen spricht jedoch unter anderem, dass Zuwanderer aus den sechs Staaten deutlich mehr Steuern und Abgaben zahlen dürften, als sie staatliche Leistungen

beziehen (Grafik):

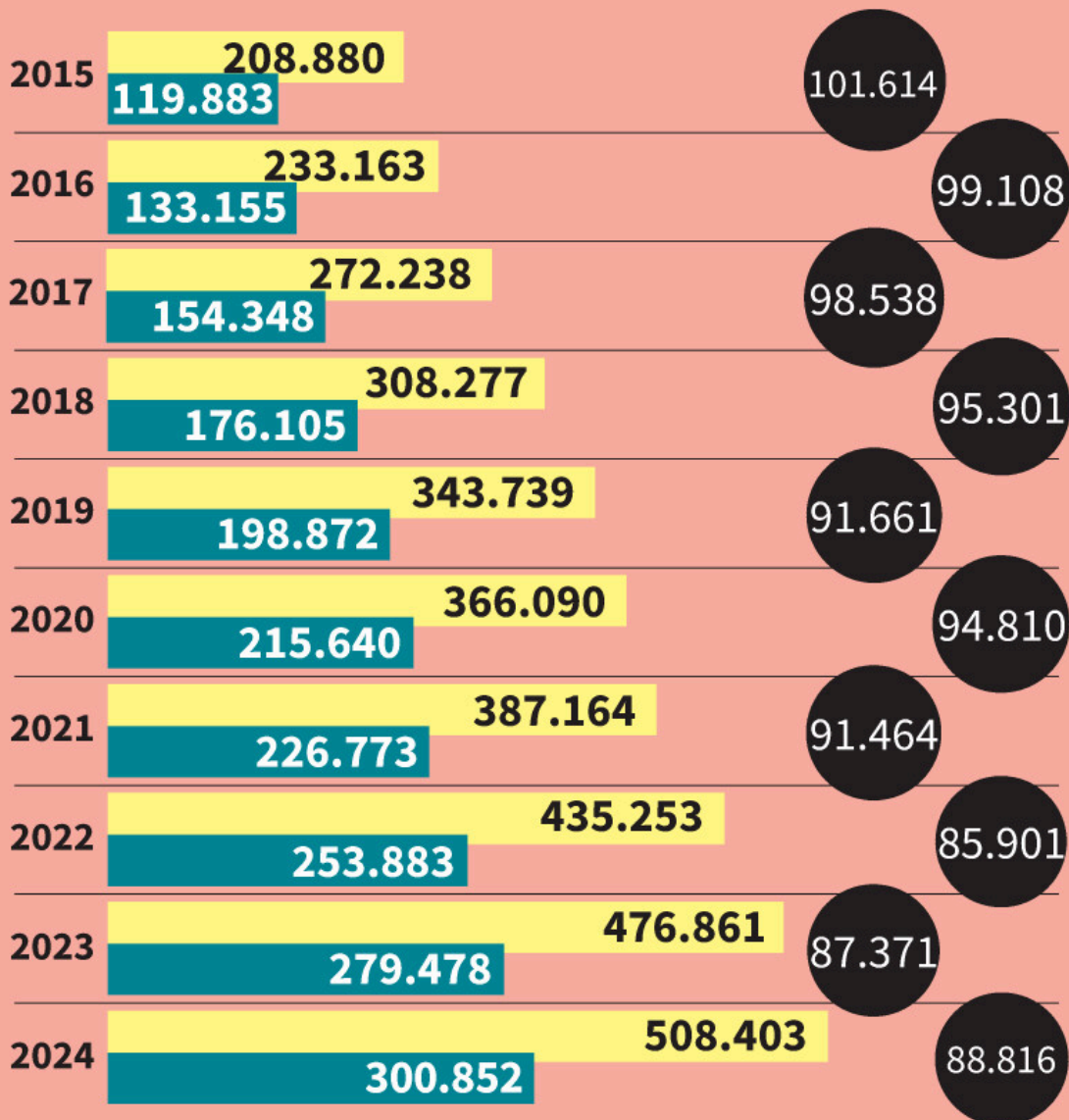
Im August 2024 gingen rund 508.000 Menschen aus dem Westbalkan in Deutschland einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach - fast 300.000 mehr als noch 2015.

Immer mehr Fachkräfte aus dem Westbalkan



So viele Menschen mit Staatsangehörigkeit der Westbalkanländer waren in Deutschland im August des jeweiligen Jahres ...

- ... sozialversicherungspflichtig beschäftigt
- darunter: als Fachkraft beschäftigt
- ... erwerbsfähige Bezieher von Bürgergeld



Westbalkan: Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien

Fachkräfte: Personen mit abgeschlossener Berufs- oder Hochschulausbildung

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Auch die Zahl der Fachkräfte hat sich deutlich erhöht - von knapp 120.000 vor zehn

Jahren auf rund 300.000 im Jahr 2024. Gleichzeitig ist die Zahl der Bürgergeldempfänger aus diesem Gebiet leicht gesunken und liegt nun bei knapp 89.000.

Im August 2024 arbeiteten in Deutschland rund 508.000 Menschen mit Staatsangehörigkeit der Westbalkanländer – darunter mehr als 300.000 Fachkräfte.

Angesichts des demografischen Wandels und der zunehmenden Engpässe auf dem Arbeitsmarkt wäre es daher sinnvoller, die Zuwanderung aus dieser Region stärker zu fördern. Zwar ist eine (vollwertige) EU-Mitgliedschaft zum jetzigen Zeitpunkt nicht realistisch – doch die Westbalkanländer sollten möglichst bald Zugang zum gemeinsamen europäischen Binnenmarkt erhalten. Dieser beinhaltet auch den freien Verkehr von Personen zwischen den Mitgliedsstaaten.

Andernfalls könnte sich die Region künftig von der EU abwenden, was nicht nur ökonomische, sondern auch geopolitische Gefahren birgt: Staaten wie Russland könnten versuchen, über den Westbalkan Einfluss in unmittelbarer EU-Nähe zu gewinnen.



Kernaussagen in Kürze:

- Im August 2024 gingen rund 508.000 Menschen aus dem Westbalkan in Deutschland einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach – das waren 300.000 mehr als 2015.
- Trotz des wachsenden Fachkräftemangels plant die Politik, die Zuwanderung aus

dieser Region von 50.000 auf 25.000 Menschen pro Jahr zu reduzieren.

- Sinnvoller wäre es allerdings, den Westbalkan stärker in den EU-Binnenmarkt zu integrieren. Das hätte nicht nur wirtschaftliche Vorteile, sondern würde auch geopolitischen Risiken vorbeugen.